

GRIEPHAN BRIEFE

Wöchentliche Informationen zum Geschäftsfeld äußere & innere Sicherheit

01-02/10 – 46. Jahrgang

www.griephan.de

11. Januar 2010

Die Neue Unübersichtlichkeit

Weder twittert Griephan, noch bloggen wir. Wir sind auch nicht „hyperlokal“ unterwegs. Wir schaffen schlicht und einfach Mehrwert für unsere Leser! Von uns ausgesuchte, aktuelle News finden Sie unter www.griephan.de. Pressemitteilungen und Produktbeschreibungen – mehr oder weniger elegant umgetextet als redaktionelle Beiträge – lesen Sie woanders.

Und was treibt uns an? Wir leihen uns die Antwort von Wolfram **Weimer**, ab 2010 Nachfolger von Helmut **Markwort** beim **Focus**, auf die Frage, wie sich der Journalistenberuf verändern wird:

Wir werden mehr einordnen als berichten. Die Orientierungsleistung des Journalismus wird in der Neuen Unübersichtlichkeit der globalisierten Online-Zukunft wichtiger als zuvor (medium magazin 12/2009). Also, auf ein neues! ■

Aussichten 2010

Griephan hat zwischen den Jahren nachgedacht bei Kerzen und Wein:

- Der neue Generalinspekteur ist kein Kästchenzeichner – hoffentlich ist er kein Zauderer. Von beiden hatte die Bundeswehr in der Vergangenheit mehr als genug. General Volker **Wiek** muss die Strukturreform der Bundeswehr, die sein Vorgänger im Amt verschleppt hat, energisch angehen.
- Alte Kameraden sollten schweigen und sich daran erinnern, wie sie auf ungebetenen Rat ihrer Altvorderen reagiert haben, als sie noch selbst Verantwortung trugen. (Dies gilt nicht für Leserbriefe – die liest sowieso niemand.) Die Vorbilder machen bescheiden: Generalfeldmarschall Helmuth **von Moltke** hieß im Großen Preußischen Generalstab nur „Der Schweiger“! Und dann gibt es jene, denen „die Weste der Loyalität“ zu eng geworden ist. Dies sind die gleichen, die in der Vergangenheit peinlich darauf geachtet haben, dass andere die gleiche Weste stets eng anliegend und hoch geknöpft tragen.
- Die richtige Nase hatte **TKMS** mit Blick auf die Geschäftsaussichten in Griechenland: Es gibt keine! Darum war der Rückzug (Griephan 41/09) konsequent und richtig. Viel Vergnügen bei dem Versuch, den Griechen Eurofighter zu verkaufen!
- Welche Zukunft hat der Marine-Überwasserschiffbau in Deutschland?
- Zum Januar 2010 hat der **Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie**/BDSV (Griephan 41/09) seine Arbeit aufgenommen. Er residiert im „Atrium“ (Friedrichstr. 60, 10117 Berlin), wo auch der **Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie**/BDLI seine Büros hat. Und irgendwann klappt es auch mit der Mitgliedschaft im **Bundesverband der Deut-**

schen Industrie! Übrigens, der neue britische Interessensverband (Griephan 29/09) heißt **ADS** (Aerospace, Defence and Security).

- „KayTee“ ist gut beraten, wenn er einen seiner beiden Parlamentarischen Staatssekretäre mit dem Aufgabenfeld „Streitkräfte“ betraut. Die Briten kennen den „Minister for the Armed Forces“ unterhalb des Secretary of State for Defence. Darauf hat auch die **Bundeswehr im Einsatz** Anspruch.
- **Die Essenz des Politischen ist Handlungsfreiheit!** Daher muss der Verteidigungsminister den Haushalt 2011 folgende (siehe unten) von Verpflichtungen freischaufeln! Er muss wieder in der Lage sein, Prioritäten zu setzen und neue Beschaffungsvorhaben – wie ein europäisches UAV (siehe unten) – anzustoßen. Die Überprüfung 2010 kann nicht grundsätzlich und konsequent genug ausfallen!
- Ist der informelle Zuteilungsschlüssel 5 : 3 : 2 für Heer, Luftwaffe und Marine noch zeitgemäß?
- Nach den Erfahrungen mit A 400M und Eurofighter hat der Appetit auf komplexe multinationale Rüstungsprojekte nachgelassen. Dies zeigt sich schon bald beim europäischen Vorhaben „Künftiges UAV“. Wird Frankreich mit Deutschland das EADS-Programm „Talarion“ (Griephan 48/09) fahren, oder entscheidet sich Paris für die Zusammenarbeit mit den Briten? (Hierzu demnächst mehr.) Andere Unternehmen, die in Deutschland auf dem UAV-Sektor unterwegs sind, sind **Diehl** und **Rheinmetall**.
- Zu A 400M ist alles gesagt!
- Ist die Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate in Wirklichkeit der Einstieg in den Ausstieg?
- Trendaussage: Der MH-90 kommt. Und die Bundeswehr bekommt eine zahlenmäßig reduzierte CSAR-Fähigkeit.
- Die strategische Industrie in Deutschland ist die Automobilbranche! 2009 gaben die deutschen Autobauer 20,9 Mrd € für Forschung und Entwicklung aus – zwei Drittel des Verteidigungshaushalts.
- **OHB Technology** – ein leuchtender Stern am Griephan-Firmament. Das Bremer Unternehmen macht **EADS-Astrium** ernsthaft Konkurrenz im Satellitenbau. Beim Navigationssystem Galileo hat OHB dem Vernehmen nach die Nase vorn – wie bereits bei SAR Lupe. ■

Inhalt

Die neue Unübersichtlichkeit	Seite 1
Nachgedacht: Aussichten 2010	Seite 1
Der Haushalt 2010	Seite 2
EU-Richtlinie Verteidigungssektor	Seite 2
Studie: Chinas Währungspolitik	Seite 3
BwSprech: Kryptisches Kundus	Seite 4
Der Minister & Billig-Krempel aus China	Seite 4

Der Haushalt 2010

31,143 Mrd € beträgt 2010 der Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14). Er liegt somit 0,1 Prozent unter dem Haushalt 2009. 2010 kann der Verteidiger Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7,141 Mrd € eingehen. Der Wehretat liegt an dritter Stelle der Bundesaussgaben hinter den Ausgaben des Bundesministers für Arbeit und Soziales (rund 128 Mrd €) und der Bundesschuld (rund 44 Mrd €). Gespart werden sollen – quer durch die Last – rund zehn Mrd € jährlich ab 2011.

Der Haushalt & die Zuversicht

Mit Zuversicht geht der für Haushalt und Rüstung zuständige Staatssekretär im BMVg, Rüdiger **Wolf**, in die Beratungen des Haushaltes 2011 und des 44. Finanzplans bis 2014. Seine Gedanken im Überblick:

Künftige sicherheits- & wehrtechnische Entwicklung

Trägt man die unterschiedlichen sicherheits-, finanz- und industriepolitischen Aussagen des Koalitionsvertrages [Griephan 45/09] zusammen, besteht kein Grund für einen übertriebenen Pessimismus hinsichtlich der politischen Entwicklung der Politikfelder von denen die Bundeswehr unmittelbar und mittelbar betroffen ist.

Die Bedeutung einer fördernden, aber auch fordernden Industriepolitik, in die ja die wehrtechnische Industrie als ein bedeutsamer gesamtwirtschaftlicher Pfeiler – wie die jüngsten Auswirkungen der Wirtschaftsrezession gezeigt haben – eingebettet ist, die Anerkennung der Notwendigkeit fairer Wettbewerbsbedingungen als gerade für die wehrtechnische Industrie unverzichtbarer Teil einer verantwortlichen nationalen Industriepolitik wirken sich nicht zuletzt auch aus auf die sicherheitspolitische Bedeutung dieser Industriestrukturen für die Bundeswehr.

Die Anerkennung der Leistungen des Verteidigungshaushaltes in diesem Zusammenhang – nicht zuletzt aus der gesamtwirtschaftlichen Perspektive – als wesentlicher Beitrag für eine nachhaltige Stabilisierung und den Erhalt von Wirtschaftsstrukturen, einschließlich deren bewahrender Wirkungen auf den Arbeitsmarkt insbesondere in den Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession, werden ihre Wirkung auf die Diskussion der zukünftigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes nicht verfehlen. Wenn wir diese positiven Wirkungen, einschließlich der durch die Maßnahmen des Konjunkturpakets initiierten Entwicklungen, im investiven Anteil des Verteidigungshaushaltes nicht konterkarieren wollen, dann müssen wir den Weg, die Entwicklung des Einzelplan 14 der letzten Jahre konsequent fortsetzen.

Die Herausforderungen

Dafür gibt es aber nicht allein die wirtschaftspolitischen Begründungen. Der Koalitionsvertrag verweist zu Recht auf die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre und das unverzichtbare Engagement der Bundeswehr in diesem Zusammenhang. Einsatzfähigkeit im

Allgemeinen und Befähigung zum Einsatz im Besonderen haben ihren Preis. Die sicherheitspolitische Notwendigkeit in Investitionen in Material aber auch und insbesondere in den Menschen, in den Soldaten und die Soldatin im Einsatz, überwiegen die wirtschaftspolitische Dimension des Verteidigungshaushaltes um ein Vielfaches.

Ich bin deshalb froh, dass der Bundesfinanzminister als eine seiner ersten Amtshandlungen entschieden hat, den ersten Regierungsentwurf zum Haushalt 2010 unverändert neu einzubringen. Der Finanzplan bis 2013 wird nicht angepasst. Dies bedeutet, dass – unterstellt der Regierungsentwurf passiert weitestgehend unverändert die parlamentarischen Beratungen – wir gegenüber 2009 eine Steigerung um über 200 Mio € für den Verteidigungshaushalt erwarten dürfen (Plafond-Soll 2009: 31,18 Mrd €; Plafond-Soll 2010: 31,39 Mrd €, jeweils einschließlich Versorgung). Die Verteidigungsinvestiven Anteile wachsen auf insgesamt 24,7 Prozent auf. Die Ausgaben für Betreiberverträge um 120 Mio € auf rund 1,6 Mrd €, die Ausgaben für die Materialerhaltung um rund 200 Mio €.

In der Umsetzung des Koalitionsvertrages sollen die Ausgaben für Bildung und Forschung 2010 bis 2013 um insgesamt zwölf Mrd € ansteigen. In einem ersten Schritt ist die Anhebung dieser Ausgaben 2010 um 750 Mio €, davon 400 Mio € für Forschung vorgesehen. Das BMVg ist bemüht, bei einem eigenen Forschungsetat von über einer Mrd € angemessen berücksichtigt zu werden. ■

EU-Richtlinie Verteidigungssektor

Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Auftragsvergabe im Verteidigungssektor begleiten die Rechtsanwälte Dr. Wolfram **Hertel** und Dr. Falk **Schöning** der internationalen Anwaltssozietät **Hogan & Hartson Raue**, Berlin für uns (Griephan 06/09):

Die EU-Verteidigungsvergaberichtlinie 2009/81 ist am 21.08.2009 in Kraft getreten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen diese nun bis August 2011 in nationales Recht umsetzen. Zu diesem Thema trafen sich am 17. und 18.11.2009 in Brüssel rund 60 Vertreter von Europäischer Kommission, Mitgliedstaaten und Unternehmen. Sie diskutierten über unterschiedliche Ansätze bei der Umsetzung, offene Fragen in der Richtlinie und erwartete Auswirkungen in der Praxis. Folgende Themen standen im Zentrum der Debatte:

- **Umsetzungsprozess:** Die meisten Mitgliedstaaten wollen den zweijährigen Umsetzungszeitraum bis August 2011 vollständig ausnutzen. Die Entwürfe der Umsetzungsgesetze werden daher frühestens Ende 2010 vorgelegt werden. In einigen Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Finnland werden zwei Industrie-Konsultationen durchgeführt. Eine davon soll der Auswahl mehrerer Optionsmodelle und generellen Anmerkungen dienen. Die zweite der Konsultationen wird dann den konkreten Gesetzesvorschlag betreffen. In Deutschland betreut das Bundeswirtschaftsministerium federführend den Umsetzungsprozess, das BMVg ist in den Prozess einbezogen. Mit einem ersten Entwurf auf Referentenebene ist im Laufe des Jahres 2010 zu rechnen.

- **Rechtsschutz:** Aufgrund der Vorgaben der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten die Nachprüfung der Auftragsvergabe vor unabhängigen Nachprüfungsstellen oder Gerichten ermöglichen. Die meisten Mitgliedstaaten werden sich dabei an den bestehenden zivilen vergaberechtlichen Rechtsschutzmo-

dellen orientieren. In vielen Unternehmen besteht momentan noch keine Klarheit über die Bereitschaft, künftig den eigenen Kunden in einem solchen Verfahren „zu verklagen“. Vor diesem Hintergrund wurden insbesondere die US-amerikanischen Erfahrungen mit Nachprüfungsverfahren intensiv diskutiert. In den USA steigt die Zahl der Nachprüfungsverfahren jährlich an, ebenso wie die Erfolgsquote der protestierenden Bieter in diesen Verfahren. Die dortige Erfahrung lehrt auch, dass die Rüge von Verfahrensfehlern erfolgsversprechender ist, als Fehler bei der Anwendung der Bewertungskriterien geltend zu machen. Dass Verfahrensfehler gerügt werden, stoße auch bei Auftraggebern auf Verständnis, so dass die Unternehmen ihre ursprüngliche Zurückhaltung bei der Erhebung von Klagen gegen den potentiellen Kunden mehr und mehr aufgeben.

- **Offsets:** Der Streit um die Zulässigkeit der Offset-Praxis wird erwartungsgemäß auch in Zukunft anhalten. Insbesondere die Vertreter kleinerer Mitgliedstaaten machten deutlich, dass sie keine restriktivere Handhabung der Offset-Praxis beabsichtigen. Die Richtlinie stellt in Erwägungsgrund 45 klar, dass indirekte Offsets unzulässig sind und sich Bedingungen nur auf den Auftrag selbst beziehen dürfen. Ob die neu eingeführte 30-Prozent-Quote für die Unterauftragsvergabe, die die Mitgliedstaaten vorsehen können (aber nicht müssen), als „getarnte Offsets“ genutzt werden kann, ist unklar. Überwiegend wurde die Einschätzung geäußert, dass die Kriterien für die Unterauftragsvergabe dies ausschließen, weil danach jede Diskriminierung aus Staatsangehörigkeitsgründen (also Vorgaben, nur einheimische Unterauftragnehmer einzubinden) verboten sind. Unterauftragnehmer haben allerdings nach Verständnis der Kommission keinen Anspruch darauf, Zugang zum Nachprüfungsverfahren zu erhalten.

- **Versorgungssicherheit:** Die für die Auftraggeber extrem bedeutsame Versorgungssicherheit ist in der Richtlinie mehrfach verankert: Nach Art. 42 kann die Versorgungssicherheit als Eignungskriterium, nach Art. 47 als Zuschlagskriterium angewandt werden. Art. 23 sieht vor, dass der Auftraggeber vom Lieferanten den Nachweis der Versorgungssicherheit anhand von „Organisation und Standort der Lieferkette“ verlangen kann. Verschiedentlich wird befürchtet, dass diese Vorschrift von einzelnen Mitgliedstaaten zur Bevorzugung von heimischen Anbietern genutzt werden könnte. Darüber hinaus sind die Anforderungen an die Versorgungssicherheit im Lichte der Richtlinie 2009/43 über die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern zu sehen, die ein europaweit einheitliches Genehmigungsregime anstrebt und auf diese Weise die grenzüberschreitende Versorgungssicherheit erleichtert.

- **Informationssicherheit:** Ein absehbares Kernproblem bei der Umsetzung der Anforderungen an die Informationssicherheit wird das unterschiedliche Niveau in den Mitgliedstaaten sein. Während der Beratungen im Europaparlament hatte der Berichterstatter Alexander Graf **Lambsdorff** vorgeschlagen, die Regeln zur Informations- und Versorgungssicherheit auf europäischer Ebene zu harmonisieren. Dieser Vorschlag findet sich in der verabschiedeten Richtlinie aber nicht wieder. Bieter sollten zudem genau darauf achten, ob die Mitgliedstaaten bereits aus der Teilnahme an einer Ausschreibung, beispielsweise einem wettbewerblichen Dialog, ein implizites Einverständnis zur Weitergabe von eigenen technischen Lösungen an andere Dialogpartner ableiten. Dieser Punkt kann bei der Umsetzung der Richtlinie und in der

späteren Praxis von den Mitgliedstaaten unterschiedlich gehandhabt werden.

- **Ausschluss von Bieter:** Die Anforderungen an die Versorgungs- und Informationssicherheit kann für die Bieter in der Praxis entscheidende Folgen haben. Nach Erwägungsgrund 67 der Richtlinie ist der Auftraggeber nicht gehindert, einen Bieter jederzeit im Laufe eines Vergabeverfahrens auszuschließen, wenn die Vergabe des Auftrags (oder auch nur eines Unterauftrags) an den Bieter wesentliche Sicherheitsinteressen des betreffenden Mitgliedstaats gefährden könnte. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Mitgliedstaaten sich bei der Umsetzung auf diesem Weg eine Hintertür offen lassen, unliebsame Bieter über eine nationale Verankerung einer Ausnahmevorschrift auszuschließen. Sollte dies geschehen, wird die effektive Ausgestaltung und Nutzung der Rechtsschutzmöglichkeiten große Bedeutung erlangen. ■

Chinas Währungspolitik

China wird eine der großen Herausforderungen im 21. Jahrhundert sein (Griephan 47/09) Zu „Chinas währungspolitischer Offensive“ heißt es in einer Studie von Sandra **Heep** und Hanns Günther **Hilpert** für die Berliner **Stiftung Wissenschaft und Politik/SWP** (Auszug):

Chinas Kritik an der ambivalenten Rolle des Dollar im Weltwährungssystem ist im Kern berechtigt. Die Vereinigten Staaten nutzen ihr exorbitantes Privileg, dank der internationalen Rolle des Dollar in einheimischer Währung und zu einheimischen Zinssätzen auf internationalen Märkten nahezu unbegrenzt Kapital aufnehmen zu können, orientieren ihre Geldpolitik aber ausschließlich an binnenwirtschaftlichen Erfordernissen. Betroffen sind davon vor allem die Schwellenländer, die aufgrund ihrer unterentwickelten Finanzmärkte auf den Dollar als internationales Zahlungsmittel, als Anlagemedium und als Reservewährung angewiesen sind und durch plötzlich austrocknende Geld- und Kreditmärkte immer wieder in Krisen geraten. Da einer Umsetzung des chinesischen Vorschlags zur Reform des internationalen Währungssystems jedoch zu viele Hürden entgegenstehen, bleibt der Volksrepublik als Ausweg aus der Dollarfalle vorerst nur die Internationalisierung der eigenen Währung.

Die Vision, den Renminbi als die nach dem \$ und dem € dritte internationale Reservewährung zu etablieren, dürfte aber mit technischen Reformen allein kaum zu verwirklichen sein. Zum

Service

Bestell- und Abonentenservice: Telefon 040 23714-260, Telefax 040 23714-243, Email: service@griephan.de, Internet: www.griephan.de

Bezugspreis: Die GRIEPHAN BRIEFE erscheinen wöchentlich jeden Montag (47 Ausgaben p.a.), Jahresabonnement: € 605,- (Email), bzw. € 640,- (Print) zzgl. gesetzlicher MwSt. Das Abonnement beinhaltet zusätzliche Ausgaben GRIEPHAN special p.a.

Kündigung: Abbestellungen sind mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende des Berechnungszeitraums möglich.

Kundenservice: Inga-Doris Langer, Telefon: 040 23714-267, Email: inga-doris.langer@dvvmedia.com

Anzeigenleitung: Silke Härtel, Telefon: 040 23714-227, Email: silke.haertel@dvvmedia.com Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10 vom 01.01.2010.

einen sind unter Investoren Zweifel an der Nachhaltigkeit von Chinas politischem System weit verbreitet. Zum anderen besteht Skepsis mit Bezug auf die Nachhaltigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums, da dieses bislang hauptsächlich das Resultat eines vermehrten Einsatzes von Kapital und Arbeit ist, doch noch keine autonome Innovationsfähigkeit erkennen lässt. Angesichts solcher Bedenken erscheint es wenig realistisch, dass der Renminbi in absehbarer Zeit zu einem währungspolitischen Anker für moderne Volkswirtschaften avancieren oder sich der chinesische Finanzmarkt als sicherer Hafen für global agierende Investoren etablieren wird. ■

Kryptisches Kundus

Unter der Überschrift „Als uns die KtgFhr Kräfte verließen“ hat die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** (15.12.2009) eine vergnügliche Glosse zu „BwSprech“ geschrieben, die aber auch nachdenklich macht:

Wir enthüllen exklusiv, wie es dazu kommen konnte, warum ein Verteidigungsminister zurücktrat, ein Staatssekretär und ein Generalinspekteur ihre Posten verloren. Unsere Quelle ist ein vertraulicher Bericht des deutschen Einsatzkontingents in Afghanistan (VS – Nur für den Dienstgebrauch). Darin heißt es unter „Vorbemerkungen“: „Am 04. und 05.09.2009 wurden durch DEU KtgFhr Kräfte aus dem DEU EinsKtzt (3 Erheber/Ermittler, 2 PsyOps, 2 EKT) unter Leitung des FJgFhr 20. DEU EinsKtzt ISAF (nachfolgend kurz: FJgFhr) von MES zum PRT KDZ entsandt.“ So geht es noch eine halbe Seite lang weiter. Damit ist wohl klar, warum in Berlin zunächst kMiBwu-Buvrfm (kein Mensch in Bundeswehr und Bundesverteidigungsministerium) auch nur i.A. (irgendeine Ahnung) hatte.

Griephan wüsste zu gern, welche(r) Polit-Grande die entsprechenden Afghanistan-Berichte in der Geheimschutzstelle des Bundestags **selbst gelesen** hat – statt lesen zu lassen. Und wie viel Zeit sie auf die sorgfältige Lektüre verwendet haben.

Auf der Pfanne haben

Lang vorbei sind die Zeiten, als man „bei Preußens“ gedient hat, und militärische Begriffe Eingang in die Umgangssprache fanden. Man denken an: Das Pulver trocken halten. Lunte riechen. Etwas auf der Pfanne haben. Spießbrutenlaufen. So schnell schießen die Preußen nicht. Schützenhilfe leisten. Wie Ziethen aus dem Busch.

Im Gegensatz zum Börsendeutsch – dort wird „Volatiles eingepreist“ – wird BwSprech keinen Einzug in die Umgangssprache halten: Dazu ist die Bundeswehr zu weit weg vom Volk! ■

Sie können es nicht!

Den für die Bundeswehr Verantwortlichen gehört Feuer unter den Allerwertesten. So haben wir am ersten Weihnachtstag auf der Internetseite der **Süddeutschen Zeitung** zu den Weihnachtspaketen an die Soldaten in Afghanistan gelesen:



www.griephan.de

Sicherheit mit Durchblick

Ihre Anzeige – mit Sicherheit perfekt platziert!

Der Name Griephan steht in Deutschland seit Jahrzehnten für die kompetente Betrachtung aller Themen der inneren- und äußeren Sicherheit. Das Premium-Magazin Griephan Global Security bietet komplexe Sicherheitsthemen – kompetent und verständlich dargestellt. Es positioniert sich zwischen klassischer militärischer Verteidigung, den neuen Herausforderungen der Inneren Sicherheit sowie den wirtschaftlichen und finanziellen Dimensionen vernetzter Sicherheit. Mit Griephan Global Security erreichen Sie die Entscheider dieser Märkte mit nur einem Magazin. Zweisprachig: Deutsch und Englisch. Auflage 9.318 IVW geprüft (Quartal IV '07 bis II '08).

Wünschen Sie weitere Einblicke? Sprechen Sie uns an.
 Florian Visser | Tel.: +49 (0) 40-23714-117 | E-Mail: florian.visser@dvvmedia.com

griephan
global security

Jetzt Mediadaten anfordern!

Militärdekan Marcus **Wolf**: *Unmengen an Süßigkeiten. Viel mehr, als jeder essen konnte. Sportklamotten, Armbanduhren ... Und Weihnachtsgeschenke des Ministers. Die sind schlecht angekommen.*

SZ: Warum?

Wolf: *Es war Billig-Krempel aus China. Kugelschreiber, Taschenrechner, eine Taschenlampe – in einem sehr einfachen Karton. Die Soldaten waren sauer. Ein Spieß hat dann mit seinen Leuten für seine Kompanie 250 Päckchen noch mal in Geschenkpapier verpackt, um sie hübscher zu machen.*

SZ: Was haben die Soldaten erwartet?

Wolf: *Nicht unbedingt ein Geschenk. Eine nette Weihnachtskarte wäre vielleicht mehr gewesen. Oder etwas Einfaches, das aber schön ausgewählt wurde.* ■

Intelligent verschlüsseln

Die Reaktionen auf unseren Aufruf (Griephan 51-53/09), innovative und/oder witzige Verschlüsselungssätze mit Bezug auf die Wehr beizutragen, waren prompt. Hier der Gewinner mit einer alten soldatischen Weisheit:

• **N13k@d** - Nachts ist es kälter als draußen (eingesandt von Oberst Anton **Krakau**, Fül I 1). ■